

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 96.

Dresden, Donnerstag den 28. April 1910.

21. Jahrg.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Postgebühren monatlich 80 Pf. und die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Spaltenpreise mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Die Wahlprüfungskomödie.

Das überraschende Ergebnis der vom Reichstag vorgenommenen Wahlprüfungen hat selbst in einem erheblichen Teil der bürgerlichen Presse Mißvergnügen ausgelöst. Das Berliner Tageblatt meint:

Von den 17 Mandaten, die zur Erörterung standen, sollten fünf für ungültig erklärt werden, und zwar drei konserverbaltende, drei sozialliberale und ein Zentrumsmandat. Da zeigte sich nun die merkwürdige Erscheinung, daß sich ad hoc offenbar ein „schwarz-nationalistischer Wahlprüfungsausschuß“ gebildet hatte, der grundsätzlich bei allen diesen Wahlen das Gegenteil von dem beschloß, was die Kommission vorgeschlagen hatte, diese Kommission also — und das zum erstenmal seit dem Bestehen des Reichstags — nach allen Regeln der Debatte.

Selbst der launigste Lokalanzeiger wagt die Behauptung:

Wie sind die unerwarteten Beschlüsse zustande gekommen? Ist es ein Zufall, wie man außerhalb des hohen Hauses fragen mag? Niemand weiß es, aber jeder muß dem Redner glauben, der da meint, daß, wenn Abmachungen unter den Parteien nicht getroffen waren, die Wahlprüfungskommission nicht anders hätte handeln können.

Auch die antisemitische Staatsbürgerzeitung findet, daß in dem Eindruck gewinnen müßte, als wenn ein wenigstens halbwegs einverstanden unter den großen Parteien abgehandelt worden war und fährt dann fort:

Die heutige Art der Erledigung der Wahlprüfungskommission, die durch die Wahlprüfungskommission und die Wahlprüfungskommissionen in vier bis fünf Wochen abzuwickeln nicht unseren Verhältnissen. Eine derartige Art der Wahlprüfung in Wahlsachen ist geeignet, das Vertrauen des Volkes zu erschüttern.

Die alldeutsche Tagesliche Rundschau bemerkt die erbärmliche Haltung der Mehrheit des Reichstags dazu, ihre alte Forderung wieder aufzustellen, dem Reichstag die Prüfung der Mandate abzunehmen und sie einem Gerichtshof zu übertragen. Schließlich urteilt das Blatt:

Die Wahlprüfung rückt näher heran. Man will für die kurze Zeit ein unangenehm Geld verpulvern. Das drückt man wohlklingender aus: Man will nicht unmaß die Kreise in die Aufregungen eines Wahlkampfes führen.

Ja, sogar die freikonservative Post kommt zu einem ähnlichen Urteil, indem sie hervorhebt:

So gewählten sich im Austausch die Parteien eine bisher nicht dagewesene gegenseitige Unterstützung. Bei der Beurteilung der Mandatsgründe war das Maß von christlicher Liebe und Abmässigkeit in der gestrigen Verhandlung geradezu ideal. Vielleicht ist und dadurch bedenkliche Vorentscheidungen getroffen worden, die bei späteren Wahlprüfungen ihre Rechtsfolgen ausüben werden.

In der Tat, diese Art, Wahlprüfungen vorzunehmen, ist ein Skandal ganz ungeheurer Art. Das Verhalten der Mehrheit des deutschen Reichstages am Dienstag kann man nicht in Parallele stellen mit dem niederträchtigen Vandalismus der Reichsordnung anlässlich der Jollarsdebatte. Alle Grundgesetze, die der Reichstag bisher in bezug auf die Handhabung des Wahlgesetzes aufgestellt hat, sind mit Spott und Hohn über den Haufen geworfen worden. Die Wahlzelle soll dem Wähler die Möglichkeit geben, völlig unbeachtet seinen Stimmzettel in das Kasten zu stecken. Im Fall des Abg. Spindler (Zentr.) war die Wahlzelle nach der Seite zu offen, an welcher der Wahlvorstand seinen Tisch aufgestellt hatte. Das Zentrum und mit ihm die Mehrheit des Reichstages erblickte darin einen Verstoß, denn der Wahlvorstand habe angeblich in diese Wahlzelle nicht hineingehen können. Wenn die Nationalliberalen bei den kommenden Wahlen im Saargebiet und im Rheinisch-westfälischen Industriebezirk solche Wahlzellen aufstellen lassen, dann ist das Zentrum geliefert, und es kann sich einmal etwas dagegen unternehmen, denn es hat ja ausdrücklich erklärt, daß solche offenen Wahlzellen den Vorschriften genügen.

Im Falle Maber-Partkirchen sah in einem Ort der Wahlzelle sogar in der Wahlzelle drin; das Zentrum fand auch dies berechtigt, weil der Polizeidiener den strengsten Auftrag gehabt habe, sofort zum Fenster hinauszugehen, so daß ein Wähler die Wahlzelle betrat. Die anderen bürgerlichen Parteien können unter diesen Umständen künftig im Zusammenhang mit dem Wahlvorstand irgendeiner ihrer Vertrauensleute in die Wahlzelle stecken mit dem Auftrag, nicht hineinzugehen, wenn der Wähler den Zettel in das Kasten stecke. Damit wird das Wahlgeheimnis völlig über den Haufen geworfen.

Im Fall des Abg. Henning (Lomb.) hat der Bürgermeister der Stadt Jüterwalde zwar 4 Wahllokale für die Stadt bestimmt, aber die Wähler nach dem Alphabet in 4 Abteilungen eingeteilt, so daß ein Wähler, der an einem Ende der Stadt wohnt, schließlich an das andere Ende der Stadt gehen mußte, um dort seine Stimme abzugeben. Dieser grobe Verstoß gegen das Wahlgesetz wurde vom Reichstag als nicht erheblich angenommen. Die ungeheuerliche Art der Agitation der Kriegervereine wurde selbst von den Freisinnigen gut geheißen. Hier stand das Zentrum in der Opposition lediglich deshalb, weil bei den letzten Wahlen die Kriegervereine auch gegen das Zentrum mobil gemacht worden sind.

Jetzt verschleppen die Anhänger der bürgerlichen Parteien die in der Wahlprüfungskommission sitzenden, die Prüfung der Mandate. Einmal fehlt der Referent, dann fehlt der Referent, dann sind die Herren wieder nicht genügend infor-

miert, dann flüchtet es mit der Beweisaufnahme nicht, und wenn schon die Wahlprüfung spruchreif ist, dann stellt schnell einer der Herren den Antrag, über eine ganz überflüssige Sache noch einmal Beweis zu erheben, und die Entscheidung über die Wahl ist damit wieder um ein oder zwei Jahre hinausgeschoben. Solche Arbeit wird nur dann gemacht, wenn es sich um die Wahl eines Sozialdemokraten handelt.

Unter diesen Umständen hält es an sich schon schwer, in der Wahlprüfungskommission die Ungültigkeitserklärung einer Wahl herbeizuführen. Künftig wird das noch viel mehr erschwert, aber auch vollständig überflüssig sein, denn unter Bruch von Recht und Gesetz ist diese Reichstagsmehrheit zu jeder Erbärmlichkeit bereit, sobald es sich darum handelt, für die bürgerlichen Parteien ein Mandat zu retten.

Der Ausfall der letzten Erwahlung zum Reichstag hat die bürgerlichen Parteien derart in Angst und Schrecken versetzt, daß sie weitere Erwahlungen um jeden Preis verhindern wollen, selbst um den Preis, das Recht mit Füßen zu treten.

Bei den im nächsten Jahre stattfindenden Neuwahlen werden die Wähler auch aufgefordert werden müssen, dieser skrupellosen Gesellschaft auch für diese Leistungen die einzig richtige Antwort zu geben.

Der Hausknechtsparagraf.

Das Berliner Tageblatt meldet: „Der Hausknechtsparagraf“, den die Kommission des Abgeordnetenhauses in die Geschäftsordnung einzufügen beschloß, hatte, wird, wie jetzt mit Gewißheit angenommen werden darf, nicht Gesetz werden. Bei der Beratung über die Anträge der Kommission, die am Montag im Plenum des Abgeordnetenhauses stattfanden, wird das Zentrum, wie heute in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses erzählt und uns auf Anfrage ausdrücklich bestätigt wurde, nicht für die Verhängung der Geschäftsordnung und für Übertragung neuer Mandatmittel an den Präsidenten zu haben sein. Worauf diese recht auffällige Sinnesänderung des Zentrums zurückzuführen ist, entzieht sich unserer Kenntnis.“

Die Mitglieder des Zentrums in der Kommission haben für den Hausknechtsparagrafen gestimmt. Die jetzt angekündigte Schwankung wäre allerdings sehr eigenartig. Ist es vielleicht nur ein neues jesuitisches Zentrumsmanöver? Will das Zentrum auf die Konservativen einen Druck ausüben, damit diese in der Wahlrechtsfrage sich nicht vom schwarz-blauen Bunde abblenden lassen?

Oder sollte wirklich bei den Zentrumsläuten das Bemühtsein dämmern, daß sie sich auf äußerlich verhängnisvollem Wege befinden und daß die Zustimmung zum Kröcherischen Hausknechtsparagrafen eine bedenklich schwere Belastung ihres Sündenbuchs bedeuten würde. Die Zentrumspartei hat, um wieder „Einfluß zu gewinnen“, die schwächlichsten Verrätereien geübt, bei den Steuergeboten, bei der Wahlvorlage. Aber sie hat dafür eigentlich bisher nur Verachtung und Zusätze von allen Seiten geerntet. Auch die Konservativen, die die Zentrumshilfe gern annehmen, behandeln den schwarzen Freund höchst von oben herab. Begreiflich wäre es also immerhin, wenn die von Herrn Kröcher so getauften „infamigen Jesuiten“ jetzt erklären: wir machen nicht mehr mit!

Sollte aber wirklich das Zentrum den Hausknechtsparagrafen zu Fall bringen, so würde Jordan v. Kröcher auf seinem Präsidentensitz im Abgeordnetenhaus unmöglich sein. Er hat an das Haus ausdrücklich die Aufforderung gerichtet, es möge ihm schärfere geschäftsordnungsmäßige Mittel zum Kampfe gegen die Sozialdemokraten an die Hand geben. Weigert sich das Haus, diesen Wünschen entgegenzukommen, dann ist Herr Jordan v. Kröcher der blamierteste Mann, der jemals einen parlamentarischen Präsidentensitz bekleidet hat. Er kann dann entweder — um das in seiner eigenen gewählten parlamentarischen Sprache auszudrücken — „zum Teufel gehen“ oder er bleibt als komische Figur oben stehen, was vielleicht noch besser ist.

Auf alle Fälle darf man darauf gespannt sein, wie der kleine Strich zwischen dem Herrn der preussischen Finsternis und seinen gefallenen Engeln enden wird. Vielleicht entschließen sich die „infamigen Jesuiten“ doch gegen Verbrechen einer kleinen Lohnaufbesserung zur „positiven Mitarbeit“? Vielleicht wird eine kleine Abkommandierung vorgenommen, so daß die beiden konservativen Fraktionen allein zur Mehrheitsbildung für den Hausknechtsparagrafen ausreichen? Doch warum sich darüber den Kopf zerbrechen! Weiß doch das Zentrum in seiner Angst selber nicht, was es in den nächsten drei Tagen machen wird!

Die Kammerwahlen in Frankreich.

Paris, 26. April.

Die Zahl der Stichwahlen ist so groß, daß sich die Bedeutung der Wahlen erst nach dem 8. Mai festlegen lassen wird. Im Jahr 1906 erreichten die Stichwahlen schon ein Maximum dadurch, daß 158 Siege erst im zweiten Wahlgang ihren Abgeordneten wählten — im Jahr 1910 müssen über 200 Stichwahlkämpfe ausgefochten werden — das ist nicht ganz die Hälfte, aber weit mehr als ein Drittel aller Siege.

In der letzten Kammer saßen 591 Abgeordnete, die Fluktuation der Bevölkerung ergab die Notwendigkeit, in den Arrondissements von Rice, Mézières, Quimper, Nantes, Briey, Boulogne sur Mer, Saint-Denis und Secour je einen neuen Wahlkreis zu schaffen und im vierten und sechsten Arrondissement von Paris je einen Abgeordneten zu „streichen“, so daß die neue Kammer im ganzen 597 Abgeordnete zählen wird. Zu den 360 Wahlkreisen, die ihren Abgeordneten im ersten Gang gewählt haben, gehören die 6 neuen Kreise. Die 354 übrigen waren in der letzten Kammer vertreten durch 145 Radikale und Radikal-Sozialisten, 58 Linksrepublikaner, 40 Progressisten, 26 Sozialisten, 10 „unabhängige Sozialisten“, 12 Nationalisten und 62 Reaktionsäre der äußersten Rechten. Infolge des ersten Wahlganges behielten die Radikale und Radikal-Sozialisten 103 Sitze und verlorien 2, die Linksrepublikaner 68, gewannen also 11, die Progressisten 39 und verlorien 1, die Reaktionsäre 58 und verlorien 4, die Nationalisten 13 und verlorien 1, die unabhängigen Sozialisten 10 und die Sozialisten 29, das heißt: 3 Sitze mehr als vorher. 298 der Gewählten sind Abgeordnete gewesen, 62 ziehen zum erstenmal ins Palais Bourbon. Von diesen 62 ersten 13 lediglich solche Abgeordnete, die sich nicht mehr aufstellten; ihre Wahl ist die Übernahme einer Erbschaft. 40 haben über bisherige Abgeordnete gestellt. Und zwar setzen sich 23 Radikale und Radikal-Sozialisten ersetzt durch 5 Sozialisten, 7 andere Radikale der Radikal-Sozialisten, 3 Linksrepublikaner, 7 Progressisten und 3 Konervative. Vier Sozialisten, die Genossen Carlier im Departement der Vaucluse-du-Rhône, Fievet im Nord, Baronne im Rhodé-Dôme und de Pressensé im Rhône müssen ihre Sitze an Radikale und Linksrepublikaner abtreten. Sieben Linksrepublikaner, sieben Progressisten und zwölf Konervative setzen sich gezwungen, ihre Nachfolge Radikale und Linksrepublikanern zu übergeben.

In den Stichwahlen, von denen fast alle Departements betroffen werden, stehen an erster Stelle: 92 Radikale und Radikal-Sozialisten, 43 Sozialisten, 11 „unabhängige Sozialisten“, 29 Liberale, 12 Linksrepublikaner, 6 Republikaner, 22 Progressisten, 4 Nationalisten und 13 Konervative. Nicht weniger als dreißig der bisherigen sozialistischen Abgeordneten müssen eine Stichwahl durchkämpfen. Darunter auch Jaurès, dessen Wiederwahl jedoch gesichert erscheint, dadurch, daß der reaktionäre Kandidat und nicht der radikale Liquidator Rigaud mit ihm in die Stichwahl kommt. Gegen 6386 Stimmen, die Jaurès im Jahre 1906 erhalten hatte, fielen diesmal nur 5897 auf ihn. Der Reaktionsär Falgoutrettes, der im letzten Augenblick an die Stelle des ehemaligen Gegners von Jaurès getreten ist, vereinigte 3355 Stimmen auf sich. Der ehemalige Gegner Marquis de Solages, der es abgelehnt hatte, sich selbst wieder aufstellen zu lassen, führte trotzdem den Wahlsampf. Wie groß sein Daß gegen den Sozialisten Jaurès ist, geht daraus hervor, daß er, der treue Jünger Roms, seine Wähler aufforderte, für den Liquidator der Kongregationen, Rigaud, zu stimmen, nur um Jaurès „und mit ihm den Sozialismus“ wegzufegen. Auf dieses Vergnügen wird der Herr Marquis verzichten müssen, da es unmöglich erscheint, daß die radikalen Stimmen dem Reaktionsär zufallen werden. Das würde der gesamten Taktik, die im zweiten Wahlgang von den Linksparteien seit 1892 befolgt wird und den Befehlen der verschiedenen Parteikongresse zufolge auch diesmal wieder befolgt werden soll, widersprechen.

Die Parteien der Linken sind in den meisten Stichwahlen aufeinander angewiesen. In dem einen Wahlkreis braucht der radikale oder radikal-sozialistische Kandidat die Stimmen der Sozialisten, um durchzukommen, im andern können die sozialistischen Kandidaten nicht ohne die Hilfe der Linkradikalen siegen. So braucht Rouanez im 18. Pariser Wahlkreis die Stimmen der unabhängigen Sozialisten, die er wohl auch erhalten wird, da ein Nationalist sein Gegner ist. Bedroht scheint dagegen der Sitz des Genossen Allemanne in Paris. Stimmen die Radikal-Sozialisten nicht für ihn, sondern für den Linksrepublikaner, der an zweiter Stelle steht, so würde die sozialistische Fraktion eines ihrer ältesten und bewährtesten Mitglieder verlieren. Auch das Mandat des Genossen Craouffier im 10. Pariser Wahlkreis könnte verloren gehen, wenn die dortigen Radikal-Sozialisten sich nach dem richten, was ihr Kandidat, der Industrielle Jacquelin, am Tage vor der Wahl auf großen Plakaten verkündigte, daß er sich nicht wie sein Vorgänger zugunsten des sozialistischen Kandidaten, „zu dessen Partei der Kollektivist Guéde und der Antimilitarist Deré gehörten“, zurückziehen werde. Nun ist Herr Jacquelin nicht nur von Craouffier um 2000 Stimmen überflügelt worden, sondern auch von dem Reaktionsär Rouffet, auf den 4282 Stimmen fielen. Es wird sich zeigen, ob Herr Jacquelin es wagen wird, die radikal-sozialistischen Wähler aufzufordern, für den Kandidaten der Linken Reaktion zu stimmen. Sehr gefährdet erscheint auch der Sitz des Genossen Craouffier im siebzehnten Pariser Wahlkreis, der an den „patriotischen Sozialisten“ Roche, den Schreiber der Rochefortischen Reaktionsäre, verloren ginge, wenn die nationalistischen Stimmen ihm zufließen. Dubois im neunzehnten Pariser Wahlkreis braucht ebenfalls die Stimmen der „unabhängigen Sozialisten“, oder wenigstens deren absolute Neutralität, um seinen Sitz zu behalten. In der Provinz liegen in den meisten Fällen die Verhältnisse ähnlich.

Die Kompromisse, die sich im zweiten Wahlgang zwischen

1 nicht
2 der
3 Aus-
4 bez-
5 gefe-
6 Rop-
7 re-
8 es am
9 aus-
10 Die
11 troffen
12 m ge-
13 Ent-
14 dions-
15 inden;
16 nbeln.
17 r der
18 0 g
19 aber
20 dem
21 Ge-
22 heint
23 r be-
24 chalis-
25 erte“.

urteil
der
In
ieder
beist-
it er-
hob.
Mann
voten.
bleib
allst
affen
sigen
ch in
legen
und
der
Das
eller
ugen
gte

mit
enen

ein-
des
nach
nach
der

bon
Re-
eine
ist
das

hat
von
Be-
cht*

am-
b e-
nm-
de-
ter
gen-
ten
gen
elit
in.
zut
ng
ab-
ist.
ist
co-
ist
er-
m
18-
ist
ler
18,
re-
en
ste
en
m
11-
18
19
er-
n.
m
le

re
n,
24